

GESCANNT

24. Aug. 2015

**Bildungs- und Kulturdepartement**

Bahnhofstrasse 18  
6002 Luzern  
www.bkd.lu.ch

SBFI / SEPRI				24. AUG. 2015			
DIR				HBB			
stv. DIR				HS			
GEKO				NFI			
KOMM				IFI			
INT				ARF			
BGR				RES			
BIZ							
BGM							

Staatssekretariat für Bildung, Forschung  
und Innovation (SBFI)  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Luzern, 18. August 2015

Protokoll-Nr.:

957

**Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG); Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. Juni 2015 gaben Sie unter anderem den Kantonen die Gelegenheit, zum Entwurf des neuen Bundesgesetzes über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG) Stellung zu nehmen.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danke ich Ihnen und nehme im Namen und Auftrag des Regierungsrats wie folgt Stellung:

**Allgemeines**

Der Kanton Luzern begrüsst die Stossrichtung des Erlassentwurfs im Grundsatz. Durch die organisatorische Neugestaltung der KTI und deren Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt kann die Innovationsförderung auf Bundesebene effizienter, flexibler und transparenter gestaltet werden. Organisation und Steuerung der Innovationsförderung sind transparent, strategische und operative Aufgaben werden eindeutig unterschieden und personell getrennt.

In der Vorlage fehlen uns jedoch jeglicher Bezug zu den Regionalen Innovationssystemen (RIS) und somit zur Innovationsförderung im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) sowie die erforderliche Koordination zwischen den beiden Ebenen. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass die Aktivitäten der KTI bzw. Innosuisse mit den Innovationsfördersystemen der NRP und den entsprechenden kantonalen und überkantonalen Aktivitäten abgestimmt werden. Gemäss Botschaft des Bundesrates über die Standortförderung 2016 – 2019 vom 18. Februar 2015 definiert der Bund die Innovationsförderung von KMU als einen Schwerpunkt für die neue NRP-Umsetzungsperiode 2016 – 2019. Er unterstützt dabei überkantonale Aktivitäten in den entsprechenden RIS. Im Vernehmlassungsentwurf sowie im entsprechenden erläuternden Bericht fehlen hierzu jedoch jegliche Ausführungen. Es bleibt demnach völlig unklar, wie die Innovationsförderung zwischen der nationalen und der regionalen Ebene abgestimmt wird. Dabei stehen aus unserer Sicht folgende Punkte im Vordergrund:

- Die strategischen Ausrichtungen der nationalen und regionalen Innovationssysteme sind zu klären und aufeinander abzustimmen.
- Beim Vollzug der Innovationsförderung ist darauf zu achten, dass die Unternehmen, welche Unterstützung im Bereich der Innovation wünschen, eine eindeutige erste Anlaufstelle haben. Im RIS „Zentralschweiz Innovativ“ sind die Anlaufstellen in der Zentralschweiz beispielsweise klar geregelt.
- Die Aktivitäten der Innosuisse dürfen nicht zur Konkurrenzierung von regionalen Förderprojekten führen. Beispielsweise muss die geplante Liste der Coaches und Innovationsmentorinnen und -mentoren zwingend mit den RIS abgestimmt werden.

## **Zu den einzelnen Bestimmungen**

### Zu Art. 6 Verwaltungsrat

Damit ein direkter Bezug zu den wichtigsten Innovationspartnern - den schweizerischen Hochschulen - gewährleistet ist, schlagen wir vor, dass mindestens eine durch die swissuniversities, der Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen, delegierte Vertretung mit beratender Stimme Einsitz im Verwaltungsrat hat. Mit dem Einsitz ist gewährleistet, dass der Verwaltungsrat jederzeit gut über die Rahmenbedingungen der anwendungsorientierten Forschung informiert ist. Wir schlagen deshalb folgenden Zusatz zu Art. 6 Abs. 2 des E-SAFIG vor:

<sup>2</sup> *[Der Bundesrat ..... wichtigen Gründen abberufen.] Ein Mitglied ohne Stimmrecht wird von der Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen bestimmt. Mit Ausnahme des Stimmrechts gelten für das von der Rektorenkonferenz bestimmte Mitglied sinngemäss die gleichen Rechte und Pflichten.*

Gemäss Absatz 8 lit. j wählt der Verwaltungsrat die Mitglieder des Innovationsrats. Um eine angemessene Repräsentation der unterschiedlichen Hochschultypen zu begünstigen, soll die swissuniversities dem Verwaltungsrat nicht bindende Vorschläge unterbreiten können. Aus diesem Grund schlagen wir folgenden Zusatz zu Art. 6 Abs. 8 lit. j des E-SAFIG vor:

<sup>8</sup> *Der Verwaltungsrat hat folgende Aufgaben:*

*j. Er wählt:*

- 1. die Mitglieder des Innovationsrats, wobei ihm die Rektorenkonferenz der schweizerischen Universitäten Vorschläge unterbreiten kann;*

### Zu Art. 7 Abs. 2 lit. b Geschäftsleitung

Unseres Erachtens ist der Begriff "Fördergesuche" im Zusammenhang mit dem Verweis auf Art. 3 Abs. 4 E-SAFIG ungenau und verwirrend. Wir regen deshalb an Art. 7 Abs. 2 lit. b wie folgt neu zu formulieren:

<sup>2</sup> *Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:*

- b. Sie entscheidet über alle Angelegenheiten im Bereich von Artikel 3 Absatz 4.*

### Zu Art. 8 Innovationsrat

Für den Kanton Luzern ist es zentral, dass die unterschiedlichen Hochschultypen im Innovationsrat angemessen repräsentiert werden. Wir schlagen deshalb vor, der swissuniversities bei der Wahl der Mitglieder des Innovationsrates nicht bindende Vorschlagsmöglichkeiten zu geben (vgl. vorstehender Vorschlag eines Zusatzes zu Art. 6 Abs. 8 lit. j E-SAFIG). Gleiches soll bei der Bestellung der Experten gelten, wobei die Vorschläge nicht dem Verwaltungsrat,

sondern dem Innovationsrat zu unterbreiten sind. Wir regen deshalb folgenden Zusatz zu Art. 8 Abs. 9 E-SAFIG an:

<sup>9</sup> *[Er kann ..... sinngemäss.] Die Rektorenkonferenz kann dem Innovationsrat Vorschläge für die Wahl unterbreiten.*

Art. 21 lit. d Beitragsverordnung

Dem Kanton Luzern ist es ein Anliegen, dass die unter Buchstabe d erwähnten Beiträge an ausländische Forschungspartner nicht zu einer Benachteiligung der inländischen Forschungspartnern führen. Die Rahmenbedingungen, insbesondere die Kosten und die Finanzierung der Forschung und Entwicklung, auf welche die inländischen Forschungspartner keinen Einfluss haben, dürfen sich bei internationalen Projekten nicht wettbewerbsverzerrend auswirken. Wir schlagen deshalb folgenden Zusatz zu Art. 21 lit. d E-SAFIG vor:

*Der Verwaltungsrat legt in der Beitragsverordnung namentlich fest:*

- d. die Voraussetzungen und Modalitäten der Beitragsgewährung an ausländische Forschungspartner bei grenzüberschreitenden Innovationsprojekten. Die Interessen der inländischen Forschungspartner sind zu wahren;*

Zur Änderung von Art. 22 FIGF Nachwuchsförderung

Der Kanton Luzern begrüsst die künftige Möglichkeit, "Innovationsstipendien" vergeben zu können, als sinnvolle Förderergänzung. Wir begrüssen auch, dass diese Möglichkeit ausdrücklich als zusätzliche Aufgabe verstanden wird und nicht zu einer Reduktion im Bereich der bisherigen Förderinstrumente führt. In diesem Sinne verweisen wir auf die Aussage im erläuternden Bericht, welche von wiederkehrenden Mehrausgaben von mehr als 2 Millionen Franken ausgeht (vgl. S. 27).

Ich danke für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf und für die Berücksichtigung der Anliegen des Kantons Luzern.

Freundliche Grüsse



Reto Wyss  
Regierungspräsident  
041 228 52 01  
reto.wyss@lu.ch